

MEINUNGSBÖRSE

Schweinehaltung und Tierwohl in NRW

Richtige Richtung

Lothar Schmalen, Düsseldorf

Die Umstellung der Schweinehaltung in NRW könnte 350 bis 450 Millionen Euro kosten. Weil wir Verbraucher zwar viel vom Tierwohl reden, aber uns beim Kauf im Supermarkt oder Discounter wenig danach richten, müssen die Landwirte finanzielle Unterstützung bei der Umstellung ihrer Betriebe in Richtung mehr Tierwohl erhalten. Schließlich müssen ihre Höfe wirtschaftlich bleiben.



aufwenden muss, ist es eher wenig.

Übrigens haben Experten aus dem NRW-Landwirtschaftsministerium errechnet, dass der Verbraucher am Ende 40 Cent mehr für

das Kilo Schweinefleisch zahlen müsste, um die Umstellung der Schweinehaltung auf mehr Tierwohl zu finanzieren. 40 Cent, die allerdings bei den Landwirten ankommen müssten. Auch das ist wirklich nicht viel Geld. Vielleicht nicht für alle, aber doch für sehr viele Verbraucher müsste es eigentlich verkraftbar sein.

lothar.schmalen@ihr-kommentar.de



Nur vergleichsweise wenige Schweine leben unter guten Bedingungen im Stall.

FOTO: DPA

Für Führungspositionen brauchen Frauen Mut

Warum Karriere-Machen nicht automatisch zu Geschlechtergerechtigkeit führt.

Svenja Ludwig

■ **Bielefeld.** Rund 90 Prozent aller Posten im deutschen Top-Management sind von Herren besetzt. Dabei sind Frauen heute mindestens genauso gebildet und leistungsfähig wie ihre männlichen Kollegen. Woher kommt das Missverhältnis?

„Hochqualifizierte Frauen scheitern manchmal daran, dass der Weg nicht für sie gemacht ist“, sagt Hanna Drabon, Mitglied der Geschäftsleitung der Bielefelder Comspace GmbH. Sie ist zu Gast bei der Jahresaufaktveranstaltung der Managerinnen OWL (MIO) in Kooperation mit FIDAR (Frauen in die Aufsichtsräte) in der Dr.-Oetker-Welt in Bielefeld.

Manuela Rousseau, Buchautorin und stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende bei der Beiersdorf AG, glaubt, dass es Frauen häufig auch an Selbstbewusstsein mangelt: „Männer denken in Potenzialen, Frauen in Defiziten.“ Ihr selbst kamen viele Zweifel, als ihr der Posten angedient wurde. „Meine innere Stimme warnte mich: Dafür bist du nicht gut genug.“ Laut Rousseau ist das eine andere Kategorie Selbstzweifel als ein Gefühl von Unsicherheit angesichts einer ungewohnten Situation. Ihr Ratschlag für die rund 220 Frauen im Publikum: Mutig sein und es trotzdem versuchen.

Frauen an der Spitze von Unternehmen – das Thema ist für Patric de Hair, Geschäftsführer der Bielefelder Plan One GmbH, vergleichbar mit dem Anschallert im Auto. Auf anfänglich große Empörung ob der Gurtpflicht folgte Selbstverständlichkeit. Ein Plädoyer

für die Frauenquote? „Ich bin keine große Freundin der Quote, aber alles andere hat nicht funktioniert, also: machen“, sagt Hanna Drabon. Rousseau argumentiert ähnlich, auch wenn sie vermutet, dass eine Quote nicht überall so einfach durchzusetzen ist wie in Aufsichtsräten. Skepsis kommt von Albert Christman, persönlich haftender Gesellschafter der Dr. August Oetker KG. In Skandinavien seien viel mehr Frauen in Führungspositionen zu finden – ganz ohne Regulierung.

Er bezweifelt zudem, dass es automatisch zu Geschlechtergerechtigkeit führt, wenn Frauen Karriere machen: „Viele können das nur, weil sie Haushalt und Fürsorge auslagern an weniger privilegierte Frauen.“ So bleibe die schlecht oder gänzlich unbezahlte Arbeit Frauensache. „Solange unbezahlte Arbeit nur delegiert wird, müssen Männer sich nicht verändern.“ Deswegen bräuchte es Ideen, wie Kindererziehung oder Angehörigenpflege verteilt und vergütet werden könne.



Aufsichtsrätin Manuela Rousseau. FOTO: DR. OETKER

Schweinegestall der Zukunft

Die Landwirtschaftskammer versucht, Tierwohl und Nutztierhaltung unter einen Hut zu bringen. Die Landesregierung spricht von 350 bis 450 Millionen Euro Mehrkosten.

Lothar Schmalen

■ **Düsseldorf.** Der „Schweinegestall der Zukunft“ bietet den Tieren mehr Platz, einen Wühlgarten, einen Warmbereich als Liegebett mit regulierbaren Temperatur- und Lichtverhältnissen, eine aktive Kühlung des Bodens und der Zuluft im Sommer, einen geschlossenen Boden mit Kunststoffauflage und ein Dach, das bei schönem Wetter geöffnet werden kann. Der Stall, von dem die meisten Hausschweine heute nur träumen können, wird von der Landwirtschaftskammer NRW im Versuchszentrum Haus Düsse erprobt.

Dort sollen bis 2022 zwei Stallsysteme mit je 350 Mastplätzen für zwei Millionen Euro entstehen. Das oben beschriebene Stallsystem ist eher Zukunftsmusik. Vom „Stallsystem 1“ dagegen erhoffen sich Landwirtschaftskammer und NRW-Umweltministerium dagegen, dass es eine Blaupause für möglichst viele Mastbetriebe in NRW und darüber hinaus wird. Erklärtes Ziel ist es, dass in den kommenden zehn Jahren bis zu 70 Pro-

zent der insgesamt 7.000 NRW-Mastbetriebe ihre Nutztierhaltung auf die tiergerechtere Haltung umstellen. Stallsystem 1 – das heißt 1,47 Quadratmeter Platz pro Tier, nicht perforierter Boden, Anpassung der Raumtemperatur, Möglichkeit zur Kühlung im Sommer, Außenklima durch Öffnungen im Mauerwerk, offene Tränkestellen und weniger Emissionen durch technische Systeme zum zügigen Abtransport von Kot und Harn aus dem Tierbereich. Während konventionelle Ställe zurzeit etwa 600 Euro pro Mastplatz kosten, würde die

deutlich stärker am Tierwohl ausgerichtete Variante rund 950 Euro pro Mastplatz kosten, hat Thorsten Klauke von der Landwirtschaftskammer NRW ausgerechnet. Mit dem „Stallsystem 1“ würden die Halter die Anforderungen der Stufe II des neuen staatlichen Tierwohlzeichens erfüllen.

Der „Stall der Zukunft“ ist ein wesentlicher Bestandteil der neuen Nutztierstrategie des NRW-Umwelt- und Landwirtschaftsministeriums, das Staatssekretär Heinrich Bottermann (CDU) in Düsseldorf präsentierte. Dabei sollen Tierwohl, Umweltschutz, aus-

kömmliche Landwirtschaft und Verbraucherakzeptanz unter einen Hut gebracht werden. Die Experten im Ministerium haben errechnet, dass durch die höheren Haltungsstandards Mehrkosten von 350 bis 450 Millionen Euro entstehen. Zwar forderten viele Verbraucher mehr Tierwohl, doch seien die meisten bislang nicht bereit, an den Kassen der Supermärkte und Discounter mehr Geld dafür zu bezahlen. Daraus folge, dass zumindest für einen Übergang die öffentliche Hand die Umstellung der Nutztierhaltung auf mehr Tierwohl finanzieren müsse. Ein weiterer Baustein der Nutztierstrategie ist eine Tiergesundheitsdatenbank. Vorhandene Daten aus amtlichen Kontrollen, Schlachtbefunde sowie Daten zur Arzneimittelanwendung sollen zusammengeführt werden, kündigte Staatssekretär Bottermann an. Dadurch entstünde ein Frühwarnsystem. Das Informationssystem soll ermöglichen, jederzeit ein Bild über die Gesundheit der Nutztiere in NRW zu erhalten. Ab Mitte 2020 werde die Datenbank schrittweise umgesetzt.

Zahlen und Fakten

- ◆ In NRW gibt es 7.000 Schweinemastbetriebe mit fast sieben Millionen Schweinen. Die Zahl der Schweine ist seit 2014 um 6,4 Prozent zurückgegangen.
- ◆ In der landwirtschaftlichen Tierhaltung in NRW werden jährlich rund 3,8 Milliarden Euro erwirtschaftet, mehr als die Hälfte des landwirtschaftlichen

- Gesamtertrages.
- ◆ In NRW gibt es die größte Konzentration von Nutztierhaltung und Lebensmittelproduktion in ganz Europa.
- ◆ Der Verzehr von Fleisch ist rückläufig, insbesondere von Schweinefleisch. Deshalb muss sich der Schweinektor auf einen schrumpfenden Markt einstellen.

Arbeitgeber missachten behinderte Menschen

Männer und Frauen mit Behinderungen haben einen Anspruch auf Gleichberechtigung – auch im Job. Doch gerade private Unternehmen pfeifen allzu häufig auf ihre gesetzliche Beschäftigungspflicht.

Florian Pfützer

■ **Düsseldorf.** Die Situation am Arbeitsmarkt ist für schwerbehinderte Menschen schon lange hoch prekär – vor allem in NRW, wo zuletzt rund 13 Prozent arbeitslos gemeldet waren. Bundesweit liegt die Quote bei 11,2 Prozent. Sozialverbände haben nun Arbeitgeber aufgerufen, ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht zu werden.

Die Freie Wohlfahrtspflege verlangt mehr Offenheit gegenüber der Beschäftigung von Menschen mit Behinderung. Arbeitgeber seien in der Pflicht, Arbeitsplätze zu schaffen. Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Inklusionsfirmen sieht ebenfalls „dringenden Handlungsbedarf“, um behinderten Menschen Zugang zum Arbeitsmarkt zu ermöglichen, heißt es in einer Stellungnahme an den NRW-Landtag.

Behinderte Männer und Frauen haben einen gesetzlich geregelten Anspruch auf gleichberechtigte berufliche Teilhabe. Die UN-Behindertenrechtskonvention, zu der sich NRW ausdrücklich bekennt, garantiert das Recht auf die Möglichkeit, den Lebensunterhalt durch Arbeit zu verdienen, die in einem offenen Arbeitsmarkt frei gewählt wird. Angesichts der hohen Erwerbslosigkeit Schwerbehinderter kritisierte der Sozialverband Deutschland (SoVD) „vor allem private Arbeitgeber, die ihrer gesetzlichen Beschäftigungspflicht nicht oder nur unzureichend nachkommen“.

Aus dem Jahresbericht des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe (LWL) für 2018 geht hervor, dass die durchschnittliche Beschäftigungsquote öffentlicher Arbeitgeber regional bei 6,5 Prozent liegt, die der privaten nur bei 4,4. Der

Arbeitsmarkt funktioniere „seit jeher selektiv“, stellte der SoVD fest: nach rein wirtschaftlichen Kriterien. Dabei sei die Verpflichtung, bei mehr als 20 Beschäftigten 5 Prozent der Arbeitsplätze schwerbehinderten Menschen offenzuhalten, lediglich „Ausdruck der gesellschaftlichen Verantwortung der Arbeitgeber“, sekundäre der Landesbehindertenrat NRW. Zumal in einer sozialen Marktwirtschaft.



Mitarbeiter einer Behindertenwerkstatt der Diakonie. FOTO: DPA

Im Juni 2019 waren landesweit insgesamt 34.047 Arbeitgeber zur Beschäftigung schwerbehinderter Menschen verpflichtet. Trotzdem haben von ihnen 7.628 keinen schwerbehinderten Menschen beschäftigt – ein Anteil von 22,4 Prozent. Weitere 50,6 Prozent erfüllten ihre Beschäftigungsquote „nur zum Teil“, wie aus einem Bericht des Sozialministeriums hervorgeht.

Die Opposition kritisierte die Landesregierung. Sie müsse „endlich handeln und ein Gesamtkonzept vorlegen, um die Behindertenrechtskonvention auch in Bezug auf den Arbeitsmarkt umzusetzen“, so Mehrdad Mostofizadeh (Grüne). Josef Neumann (SPD) forderte den zuständigen Minister Karl-Josef Laumann (CDU) auf, das Thema zur Chefsache zu machen. „Nur so werden Jobs für Menschen mit Behinderung geschaffen.“

Abgas-Skandal: Mehr Verfahren am OLG

■ **Hamm.** (lb) Der Streit um manipulierte Abgastechnik bei Dieselaautos von VW hat im 2019 die Gerichte beschäftigt. Das spürt auch das Oberlandesgericht (OLG) Hamm. Insgesamt sind 2019 bei den zuständigen Zivilsenaten 7.172 Berufungen eingegangen. Im Vorjahr waren es noch 4.746. Grund für den Anstieg ist auch auf den Abgas-Skandal.

Statistisch erfasst werden die Rechtsstreitereien im Abgas-Skandal zwar nicht, allerdings sind laut Gerichtssprecher Martin Brandt im vergangenen Jahr 3.599 Berufungen am OLG eingegangen, in denen die Volkswagen AG als Berufungskläger oder -beklagter geführt wurde. Zum Vergleich: Im Jahr 2018 waren es noch 783 Berufungen mit VW-Beteiligungen. Erledigt wurden am OLG demnach 1.474 Verfahren. Mehr als 98 Prozent dieser Erledigungen beruhen darauf, dass die Berufung oder die Klage zurückgenommen wurde.

Vereinzelte wurde der VW-Konzern in Hamm in den zurückliegenden Monaten zu Schadenersatz oder Erstattung des Kaufpreises verurteilt. Allerdings scheiterte vor dem OLG auch so mancher Kläger mit seiner Berufung, darunter zwei Betroffene aus OWL. So kaufte ein Mann aus Vlotho 2016 einen VW Passat (Kaufpreis 15.500 Euro). In der verbindlichen Bestellung des Autos ist er darauf hingewiesen worden, dass das Fahrzeug vom Abgas-Skandal betroffen sei und durch eine Software die Abgaswerte im Prüfstandlauf optimiert worden seien. Der Mann aus Vlotho verlangte den Kaufpreis des Fahrzeugs zurück. Das Landgericht Bielefeld wies die Klage ab. Und auch am OLG hatte er keinen Erfolg. Vor etwa einer Woche scheiterte außerdem ein Kläger aus Brakel mit seiner Berufung vor dem OLG.

Amazon plant auch in Lippe Logistikzentrum

■ **Horn-Bad Meinberg** (lz). Der Onlinehandelsriese Amazon, der gerade den Bau eines Logistikzentrums zwischen Rheda-Wiedenbrück und Oelde abgeschlossen hat, breitet sich in der Region weiter aus. Auch in Lippe soll ein neues Logistikzentrum entstehen. Geplant ist eine 20 Hektar große Fläche im Industriepark Lippe zwischen Belle und Wöbbel, wo für einen dreistelligen Millionenbetrag das neue Gebäude mit einer Höhe von 30 Metern bis Ende 2021 fertiggestellt sein soll. Vertreter des Unternehmens stellten ihre Pläne gestern der Politik in Lippe vor. Mit der Investition will das Handelsunternehmen rund 1.100 neue Arbeitsplätze in Horn-Bad Meinberg schaffen. Ausschlaggebend für den Standort ist offenbar die günstige Lage des Industrieparks Lippe, nah an der Bundesstraße 1 sowie an den Autobahnen 33, 44 und 2 sowie direkt an der Ostwestfalenstraße.

Aus dem neuen Logistikzentrum im Gewerbegebiet Aurea zwischen Rheda-Wiedenbrück und Oelde will Amazon die Kunden bereits zum nächsten Weihnachtsgeschäft beliefern. Dort hat das Gebäude eine Höhe von 20 Metern. Langfristig sollen dort gut 1.000 Arbeitsplätze entstehen. Auch in Sülzetal in Sachsen-Anhalt soll 2020 ein neues Logistikzentrum an den Start gehen.

PERSÖNLICH



Joe Kaeser (62), Siemens-Vorstandschef, hat einen Abschied von seinem Amt mit der geplanten Abspaltung des Energiegeschäfts im Spätsommer angedeutet. Mit der neuen Siemens Energy AG werde es das Siemens von heute nicht mehr geben. „Deshalb schaffe ich diesen Job in seiner jetzigen Form, schaffe ich mich eigentlich ab.“

FOTO: DPA



Warren Buffett (89), US-Investorenlegende, zieht sich aus dem Zeitungsgeschäft zurück. Die von ihm gegründete Investmentfirma Berkshire Hathaway gab den Verkauf von 30 Zeitungen, mehreren Dutzend Wochenblättern und weiteren Bereichen ihrer BH Media Group an Lee Enterprises bekannt. Lee zahlt 140 Millionen Dollar in bar.

FOTO: AFP